



**MOMENTAUFNAHME**  
**»TAG DER ZAHNGESUNDHEIT«:** Die Kauleiste zu putzen kann auch richtig Spaß machen. Zwei Schülerinnen aus Bergedorf machten es auf einem Zahnpfiegerundgang mit Trampeltier Natascha in Hagenbecks Tierpark vor.

Üben am lebendigen Objekt: Schüler der Klasse 3c der Grundschule Ernst-Henning-Straße in Bergedorf putzten am Montag im Tierpark Hagenbeck dem Trampeltier Natascha die Zähne  
FOTOS: DPA/SEBASTIAN WIRMANN

### Zahnpflege für Trampeltiere

Früher warnten die Trickfiguren Karius und Baktus Kinder vor den Folgen mangelnder Mundhygiene – heute sind die Mahner etwas größer: In Hagenbecks Tierpark haben Hamburger Grundschüler am Montag Unterricht in Zahnpflege bekommen. Die Drittklässler sprachen über die Besonderheiten des menschlichen Gebisses verglichen mit dem von Löwen, Elefanten oder Affen und über Zahnpflege bei Mensch und Tier. Zu der Aktion anlässlich des „Tages der Zahngesundheit“ hatte zum zwölften Mal die Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Hamburg e.V. eingeladen. Wie die Organisation mitteilte, haben junge Hamburger immer bessere Zähne. Mehr als 60 Prozent der Zwölfjährigen hatten 2004 gar keine Karies. 1988 war es nur jeder Dritte. DW

Die Hamburger Medien – hier „Die Welt“ und „Hamburger Morgenpost“ (rechts) berichteten umfassend über die Aktion der LAJH zum diesjährigen Tag der Zahngesundheit am 25. September im Tierpark Hagenbeck

## LEITARTIKEL

# Politikveranstaltung zeigt Gemeinsamkeiten

## AUS DEM INHALT

Bündnis zeigt Einigkeit

FDP zeigt Flagge

Vorsorge für das Alter zahlt sich aus

## HEFTTHEMEN IN KÜRZE

**Zwei Politikveranstaltungen** führten im Oktober zu interessanten Diskussionen mit Hamburger Gesundheitspolitikern. Lesen Sie dazu mehr ab Seite 3.

**Ein breites Bündnis** aus dem Hamburger Gesundheitswesen protestierte Mitte September in Hamburg fernab aller Gegensätze gegen die geplante Gesundheitsreform. Die Hamburger Zahnärzte waren dabei – den Bericht lesen Sie ab Seite 6.

**Die FDP** meldete in einer öffentlichen Gesprächsrunde am 18. September eigene Kompetenz in der Gesundheitspolitik an – den Bericht dazu lesen Sie ab Seite 9.

**Die Gutachter der Kammer** trafen sich im September zu einem Gedankenaustausch. Als Referentin war Dr. Dorothee Haerendel, Richterin in der für Arzthaftpflichtangelegenheiten zuständigen 23. Zivilkammer des Hamburger Landgerichts dabei. Mehr auf Seite 12.

**Das Hamburger Versorgungswerk** gibt Tipps zur persönlichen Altersvorsorge. Der Vorsitzende Dr. Pfeffer erläutert ab Seite 13 die Details.

**Die Serie** der Hamburger Zahnarzt-Dynastien setzen wir auf Seite 15 mit Familie Scheuer fort.

## NACHRICHTEN

- 3 Viele Gemeinsamkeiten in Diskussion mit Politikern
- 6 Hamburger Bündnis für Vielfalt – gegen Staatsmedizin
- 9 FDP meldet Kompetenz in der Gesundheitspolitik an
- 11 Start Strukturierte Fortbildung Implantologie
- 12 Gutachtertagung der Kammer
- 13 Das Versorgungswerk informiert
- 15 Die Hamburger Zahnarztfamilie Scheuer
- 16 Sybilla Engelmann – nicht mehr im LAJH-Kindergarten
- 22 Bett-Hupferl mal anders
- 27 Fortbildung Praxismitarbeiterinnen November
- 28 Fortbildung Zahnärzte November

## MITTEILUNGEN DES VERLAGES

- 26 NordDental 2006 in Hamburg
- 27 Prophylaxe erfolgreich implementieren

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Zahnärztekammer Hamburg, Möllner Landstraße 31, 22111 Hamburg, Tel.: 73 34 05-0, Fax: 73 34 05-75, E-Mail: info@zaek-hh.de, und Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg, Katharinenbrücke 1, 20457 Hamburg, Tel.: 361 47-0, Fax: 36 44 70, E-Mail: info@kzv-hamburg.de

**Verlag und Anzeigen:** Pharmazeutischer Verlag Dr. Horst Benad, Zinnkrautweg 24, 22395 Hamburg, Tel.: 60 04 86-11, Fax: 60 04 86-86

**Druck:** Dierk Heigener Druckerzeugnisse GmbH, Theodorstraße 41 n, 22761 Hamburg, Tel.: 89 10 89

**Redaktion:** Gerd Eisentraut, Tel.: 73 34 05-17, Fax: 73 34 05 99 17, Postfach 74 09 25, 22099 Hamburg, E-Mail: gerd.eisentraut@zaek-hh.de

**Redaktions-Sekretariat:** Regina Kerpen, Tel.: 73 34 05-18, E-Mail: regina.kerpen@zaek-hh.de

Einsendungen von Zuschriften und Anfragen bitte nur an die Redaktion. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für den Inhalt der amtlichen Mitteilungen der Körperschaften und solcher Artikel, deren Verfasser namentlich genannt sind. Für unaufgefordert eingesandte Zuschriften oder Fotos wird keine Garantie oder Rücksendung gewährt. Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist grundsätzlich verboten, für offizielle Mitteilungsblätter anderer zahnärztlicher Landes- oder Bundesorganisationen unter voller Quellenangabe erlaubt.

Für Hamburger Zahnärzte ist der Bezugspreis des Hamburger Zahnärzteblattes mit dem Mitgliedsbeitrag für die beiden Körperschaften abgegolten.

## MITTEILUNGEN DER KAMMER

- 17 Wahlen für die 15. Amtsperiode
- 17 Bezirksgruppen
- 17 Strahlenschutzkurse für Zahnärzte & Mitarbeiterinnen

## MITTEILUNGEN DER KZV HAMBURG

- 17 „Zahnrettungsbox“ für Hamburger Schulen
- 18 „Unsere“ Löwin bekommt Nachwuchs bei Hagenbeck
- 18 Sitzungstermine Zulassungsausschuss
- 19 Abgabeterminen
- 19 Weitere Informationen
- 19 Zahlungstermine
- 19 Ausschreibungen
- 19 Sie fragen – wir antworten
- 19 Fragen rund um den HVM
- 20 Aus dem Disziplinarwesen

- 22 **Persönliches**
- 24 **Kleinanzeigen**
- 2 **Impressum**

## VIELE GEMEINSAMKEITEN IN DISKUSSION MIT POLITIKERN

Die SPD war verhindert, die FDP nicht eingeladen – nur die CDU war mit zwei Mitgliedern des Gesundheitsausschusses der Hamburger Bürgerschaft beim ersten Politikabend der Zahnärztekammer Hamburg am 5. Oktober vertreten. Trotzdem kam es zu einer teilweise hitzigen Diskussion. Kammerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Sprekels und KZV-Chef Dr./RO Eric Banthien kitzelten aus den beiden CDU-Gästen gemeinsam heraus, was möglich war. Am Ende überwogen die Gemeinsamkeiten. So bot die Veranstaltung den Startpunkt für ein ernsthaftes Angebot zur Zusammenarbeit in Richtung Politik.

Prof. Sprekels begrüßte auf dem Podium Harald Krüger (CDU) den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses der Hamburger Bürgerschaft und Wolfgang Müller-Kallweit (CDU) Mitglied dieses Ausschusses. Der Prä-



sident bedauerte, dass drei weitere eingeladene Ausschuss-Mitglieder der Einladung der Kammer nicht gefolgt waren. Er betonte, dass die FDP nicht eingeladen worden sei, da die Partei nicht im Gesundheitsausschuss der Bürgerschaft vertreten ist.

Prof. Sprekels führte wie gewohnt akzentuiert in die Diskussion ein. Er zerlegte das Vorgehen des Bundesgesundheitsministeriums, durch Detailvorstöße und Rückzieher und angeblich nicht mit der BMG-Leitung abgestimmte Papiere das Gesetzesvorhaben öffentlich zu diskutieren. Er fasste zusammen, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt zwar ganze Wälder für die Berichterstattung in den Medien abgeholzt würden, in

klarer Gesetzesform aber bisher nichts vorliegt, über das diskutiert werden kann. Somit führte er die Gedanken zurück auf das von den Koalitionsparteien vereinbarte Koalitions- und das Eckpunktepapier. An diesen Papieren können nach seinen Ausführungen die Worte der Politiker gemessen werden.

So geißelte er mit spitzen Worten die Aussage im Koalitionspapier, dass „eine Behandlungspflicht zu bestimmten Gebührensätzen für privat versicherte Perso-

nengruppen“ eingeführt werden soll. Und weiter: „Die dafür vorgesehenen abgesenkten Gebührensätze werden in der Gebührenordnung verbindlich verankert.“ Er mahnte den Aufschrei der Hamburger CDU zu diesem Punkt an. Diese Passage käme einer kollektiven Zwangsbehandlung zu staatlichen abgesenkten Dumpingpreisen gleich. Er bezweifelte, dass etwas Derartiges bei Angehörigen anderer Freier Berufe wie Architekten und Rechtsanwälten überhaupt nur ansatzweise denkbar wäre.

Prof. Sprekels führte außerdem eine Überschrift aus dem Eckpunktepapier auf, wonach die „Budgetierung beendet“ werde. Er verwies darauf, dass im nachfolgenden Text des Papiers

sie dann aber fein verklaustriert wieder eingeführt werde und dazu noch als „Planungssicherheit“ für den Arzt verkauft werde. Da wurde der Präsident lauter und meinte: „Jetzt weiß ich endlich im Voraus, dass mir ein Teil meines Honorars geklaut wird, nur weil ich mehr gearbeitet habe.“ Er sei der Ministerin „dankbar“ für solche Art der Planungssicherheit.

Harald Krüger ging in seinem ersten Wortbeitrag auf die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt ein und dessen Auswirkungen auf das Gesundheitswesen. In Hamburg seien 100.000 Menschen im Gesundheitswesen beschäftigt, das seien mehr Menschen als im Hafen. Zum Gesundheitswesen stellte er kurz fest, dass mehr Geld in den Topf müsse. Die geplante Gesundheits-



Prof. Dr. Wolfgang Sprekels



Dr./RO Eric Banthien



Harald Krüger (CDU)



Wolfgang Müller-Kallweit (CDU)



reform sei keine Jahrhundertreform. Die Auswirkungen würden gerade bis zur nächsten Wahl reichen. Hamburg könne sich beim jetzt folgenden Gesetzgebungsverfahren in Berlin einbringen, dies aber sicher nicht in

und darüber auch seine Honorierung. Diese Aussage führte zu spürbarer Unruhe im Auditorium.

Dr./RO Banthien stellte in seinem Beitrag fest, dass die Hartnäckigkeit eines einzelnen Landes zu einer Verschiebung der Einführung des Gesundheitsfonds geführt habe. Der bayerische Ministerpräsident Stoiber hoffe sicher, dass der Fonds nach der nächsten Wahl dann beerdigt werden könne.

Den Fonds bezeichnete Banthien als „Bastard der Koalition“. Der KZV-Chef kritisierte die eindeutige Tendenz des Gesetzesvorhabens zur Zentralisierung mit massiven Eingriffsmöglichkeiten des BMG. „Wir steuern auf ein zentral gelenktes Gesundheitssystem zu“, klagte Dr./RO Banthien. Wo da noch der Wettbewerb stattfinden solle, fragte er in die Runde.

In der Diskussion wurden einzelne dieser Themen noch vertieft oder

aus eigener Anschauung aus dem Publikum kommentiert. So kam zur Sprache, dass die lang anhaltende Verunsicherung zu einem massiven Stellenabbau in den Praxen geführt habe – auch wegen nicht vorhandener Planungssicherheit. Harald Krüger stellte ebenfalls fest, dass mehr Staat im Gesundheitswesen nicht vernünftig sei. Die Kosten im Gesundheitswesen werden nach seinen Worten weiter steigen wegen des medizinischen Fortschritts und der Überalterung. Wenn nicht mehr Geld ins System komme, müsse die Politik rationieren: „Ein Stück mehr Lebensqualität kostet mehr Geld.“

Dr./RO Banthien fasste die Diskussion zusammen und stellte unter anderem fest, dass es wohl doch eine Menge Gemeinsamkeiten zwischen der Hamburger CDU und den Hamburger Zahnärzten gebe. So seien zentralistische Strukturen nicht erwünscht, die Erbringung unentgeltlicher Leistungen, eine überbordende Bürokratie und mehr staatliche Führung im Gesundheitswesen würden von beiden Seiten abgelehnt.

**et**



vorderster Reihe. Er bezeichnete die geplante Umstellung einer Honorierung von Ärzten mit festen Werten statt mit Punkten als sinnvoll.

Wolfgang Müller-Kallweit, der sich in der Diskussion eher zurückhielt, stellte fest, dass im Eckpunktepapier mehr Wettbewerb geschaffen werde. Jeder Arzt könne sich marktwirtschaftlich betätigen. Jeder Arzt solle seine Leistungsbereitschaft selbst definieren



## HAMBURGER „BÜNDNIS FÜR VIELFALT – GEGEN STAATSMEDIZIN“ ZAHNÄRZTE SIND DABEI

Ein breites Bündnis aus dem Hamburger Gesundheitswesen protestierte Mitte September in Hamburg fernab aller Gegensätze gegen die geplante Gesundheitsreform. Ärzte- und Apothekerkammer, mehrere Krankenkassen, die Hamburgische Krankenhaus-Gesellschaft, die Kassenzahnärztliche Vereinigung, die Zahnärztekammer und weitere Organisationen befürchteten, dass die Gesundheitsversorgung in der Hansestadt mit den Änderungen deutlich schlechter wird.

„Pro gesetzlich Krankenversicherten stehen in Hamburg nach der Reform 400 Euro weniger zur Verfügung“, sagte Angelika Schwabe von der Techniker Krankenkasse in einer gemeinsamen Pressekonferenz am 19. September. Das Bündnis rechnet als Folge unter anderem mit der Schließung vieler Facharztpraxen und Einschränkungen bei der Schmerztherapie. Die öffentlich vorgetragene Sorge: Die regionalen Strukturen in Hamburg könnten Opfer einer staatlichen Vereinheitlichung des Gesundheitswesens werden. Das mache den Wettbewerb kaputt und führe zu erheblichen finanziellen Belastungen und Qualitätseinbußen.

Der Zusammenschluss erwartet von Hamburger Politikern, dass sie sich die Bedeutung der Reform für die Metropole klar machen. „In kei-



Die demonstrierten Einigkeit im Hamburger Gesundheitswesen (v. r.):  
Dr./RO Eric Banthien, Günter Ploß, Dr. Michael Reusch, Walter Plassmann,  
Rainer Töbing, Jürgen Abshoff Alle Fotos: et

ner anderen Stadt sind so viele Menschen im Gesundheitswesen beschäftigt wie hier“, sagte Schwabe. Einstimmig forderten die Sprecher der Organisationen wie KZV-Chef Dr./RO Eric Banthien

im Namen von KZV und Kammer unter anderem mehr Wettbewerb im Gesundheitssektor. Kritisiert wurden die geplante „Verstaatlichung“ und die „Entmachtung der Regionen“. „Wie Geisterfahrer fahren wir mit dieser Reform in die falsche Richtung“, so Michael Reusch, Präsident der Ärztekammer Hamburg.

„Die Gesundheitsreform wäre ein Meilenstein auf dem Weg in die Unterversorgung“, sagte Jürgen Abshoff, Geschäftsführer der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft. Sollte die Große Koalition ihre Pläne über die Kürzung der Klinikbudgets in Höhe von 750 Millionen Euro umsetzen, werde das zum Abbau von Arbeitsplätzen in den Krankenhäusern führen: „In Hamburg sind – wenn das



Rainer Töbing Jürgen Abshoff Walter Plassmann Dr. Michael Reusch Günter Ploß Dr./RO Eric Banthien

so kommt – mehr als 250 Arztstellen oder 400 Stellen im Bereich der Pflege gefährdet.“

„Wir rechnen mit einem bundesweiten Defizit von 17 Milliarden Euro

bei den gesetzlichen Krankenkassen“, sagte Günter Ploß, Leiter der Landesvertretung Hamburg von VdAK/AEV. Die Hamburger Politik müsse „den Gesundheitsstandort Hamburg wei-

terhin stärken und nicht der Koalitionsarithmetik in Berlin opfern“.

Zum Zeitpunkt der Pressekonferenz waren weitere Aktionen noch nicht geplant. et



Die Teilnehmer der Pressekonferenz

20. September: Hamburger Morgenpost

## Bündnis gegen Berlin

Ärzte und Krankenkassen: Nein zur Gesundheitsreform

Fernab aller Streitereien haben sich die Mächtigen des Hamburger Gesundheitswesens zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um gegen die geplante Gesundheitsreform zu kämpfen. Ärzte, Apotheker, Krankenkassen und Krankenhäuser ziehen ab sofort an einem Strang gegen Berlin: „Diese so genannte Gesundheitsreform ist ein Meilenstein auf dem Weg in die Unterversorgung, und Hamburg wäre ganz besonders betroffen“, so Jürgen Abshoff, Chef der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft.

So würden in der Hansestadt pro gesetzlich Krankenversichertem nach der

Reform rund 400 Euro weniger zur Verfügung stehen. Geld, das umverteilt wird und in den geplanten Fonds fließen soll. „Dies führt zu einer weiteren Verschlechterung der medizinischen Versorgung der Patienten“, urteilt Michael Reusch, Präsident der Ärztekammer. Dies sind die Kritikpunkte im Einzelnen:

► **Die geplante Verstaatlichung** vieler Bereiche im Gesundheitswesen werde sich negativ auf die Gesundheitsversorgung in Hamburg auswirken. Regionale Besonderheiten könnten von Berlin aus schwerlich berücksichtigt werden. So seien in der Medizin-Metropole Hamburg viele

Schwerpunktpraxen entstanden. „Das haben wir nur geschafft, weil wir regional Lösungen gefunden haben. Auf Bundesebene wären diese Fragen nicht einmal zur Kenntnis genommen worden“, sagt Walter Plassmann, Chef der Kassenärztlichen Vereinigung.

► **Die Gesundheitsversorgung** wird teurer, bürokratischer und schlechter.

► **Der zentral verwaltete Fonds** entziehe den Kassen ihre Finanzautonomie. In Hamburg würden dadurch etliche freiwillige Angebote abgeschafft, weil das Geld nicht reicht. In dieser Woche werden etliche Arztpraxen aus Protest geschlossen bleiben. (pin)

Beispiele für das Medienecho auf die Pressekonferenz auf Hamburg1 und im „Hamburg Journal“ vom NDR



20. September: Hamburger Abendblatt

## Hamburger Mediziner fürchten um Arbeitsplätze

Kerstin Hense  
Hamburg

Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Krankenhäuser und Krankenkassen sehen die medizinische Versorgung in Hamburg gefährdet: In einem Bündnis unter dem Motto „Für Vielfalt gegen Staatsmedizin“ wollen sie gemeinsam gegen die geplante Gesundheitsreform der Bundesregierung kämpfen. Ihre Sorge: Die regionalen Strukturen in Hamburg könnten Opfer einer staatlichen Vereinheitlichung des Gesundheitswesens werden. Das mache den Wettbewerb kaputt und führe zu erheblichen finanziellen Belastungen und Qualitätseinbußen.

„Die Gesundheitsreform wäre ein Meilenstein auf dem Weg in die Unterversorgung“, sagt Jürgen Abshoff, Geschäftsführer der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft. Sollte die große Koalition ihre Pläne über die Kürzung der Klinikbudgets in Höhe von 750

Millionen Euro umsetzen, werde das zum Abbau von Arbeitsplätzen in den Krankenhäusern führen: „In Hamburg sind – wenn das so kommt – mehr als 250 Arztstellen oder 400 Stellen im Bereich der Pflege gefährdet.“

Die gesetzlichen Krankenkassen befürchten, dass die Reform zu einer Anhebung der Beitragsätze führen. Durch einen zentral verwalteten Fond werde den Kassen die Finanzautonomie entzogen. Für Hamburg bedeute dies, dass etliche über die Leistungen hinausgehende freiwillige Angebote, wie sie in der Hansestadt üblich seien, abgeschafft werden müssen. „Wir rechnen mit einem bundesweiten Defizit von 17 Milliarden Euro bei den gesetzlichen Krankenkassen“, sagt Günter Ploß, Leiter der Landesvertretung Hamburg des Verbandes der Angestellten Krankenkassen und des Arbeiter-Ersatzkassen-Verbandes.

Das Bündnis erhofft sich Unterstützung vom Hamburger Senat.

## FDP MELDET KOMPETENZ IN DER GESUNDHEITSPOLITIK AN

Die Große Koalition in Berlin kriselt wegen Details der geplanten Gesundheitsreform. Die FDP meldet bei dieser Gelegenheit eigene Kompetenz in diesem Fach an. Eine öffentliche Gesprächsrunde am 18. September im Altonaer Rathaus sollte auf Initiative der Vorsitzenden Gesundheitspolitik, Dr. Brigitte Mahn, freidemokratische Positionen verdeutlichen.

Das Podium bot eine breite Palette an Gesprächspartnern, u. a. durch Konstantin von Laffert, der die Zahnärzte in diesem Gremium vertrat. Im Plenum zur Unterstützung dabei: Dr. Claus St. Franz, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der KZV und Dr. Luzie Braun, Kieferorthopädin und

Fachsprecherin für Gesundheit der FDP in Hamburg.

Der Hausherrn, Hinnerk Fock, begrüßte die Gäste im frisch renovierten Sitzungssaal unter anderem mit der Aussage, dass die Menschen auch in der Gesundheitspolitik in die Verant-



Konstantin von Laffert referierte in der öffentlichen Gesprächsrunde der FDP den Standpunkt der Zahnärzte

Anzeige Apobank

wortung genommen werden müssen. Moderator Prof. Dr. Rolf Bialas bot eingangs Selters aus Plastikbechern gegen eine Spende an, sorgte dann durch seine straffe Gesprächsführung für feste Zeitvorstellungen und beendete nach gut zwei Stunden die Diskussion.

Der neue FDP-Vorsitzende in Hamburg, Dr. Wieland Schinnenburg, stellte bei seiner Begrüßung fest, dass dieser Abend Teil einer Kampagne in Hamburg sei. Zur Gesundheitsreform meinte er unter anderem, dass „das nicht passieren darf, was da geplant ist.“ Der FDP gehe es in erster Linie um die Langzeitfolgen für die Patienten. Er gab eine neue „Übersetzung“ der drei Partei-Buchstaben FDP mit „Für Die Patienten“ als Losung für die nächsten Wochen aus.

Nach einer fachlich fundierten Einleitung durch Dr. Mahn zum Stand des Reformvorhabens in Berlin boten die Statements der Podiumsteilnehmer Orientierungspunkte.

So warnte der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, Dieter Bollmann, vor einem kommenden Ärztemangel. Er stellte fest, dass 30 Prozent der ärztlichen Leistungen derzeit nicht bezahlt würden. Die immer stärker überbordende Bürokratie schaffe nach seiner Auffassung eine Misstrauenskultur. Die Eckpunkte würden keine Lösung der aktuellen Probleme bringen.

Für die Krankenhäuser sprach Dipl.-Kfm. Werner Koch, Geschäftsführer des Marienkrankenhauses und Vorsitzender des Verbandes der freigemeinnützigen Krankenhäuser. Nach seinen Worten sei sein Haus von der kommenden Reform hin- und hergerissen. Die Reform finde aber keine Antwort auf die Frage, wie das Gesundheitswesen künftig finanziert werde. Als Schwachpunkt sah er auch die weitere Verstaatlichung. Dem gegenüber sollte die Selbstverwaltung gestärkt werden.

Konstantin von Laffert ging in seinem Statement auf die merkwürdige Art und Weise ein, wie das Arbeitspapier aus dem Ministerium an die Öffentlichkeit gelangt war. Er zweifelte erheblich an, dass dies nicht mit der Leitung abgestimmt worden sei. Das Papier bringe mehr Staat und weniger Freiberuflichkeit. Es sei ein „ziemlich primitiver Versuchsballon“, aus der CDU Verhandlungsmasse herauszuholen. Nach diesem Papier würden die wirtschaftlichen Risiken noch mehr auf die Leistungsträger übertragen. „Ich frage mich, ob ich nicht doch lieber eine Poliklinik aufmache“, schloss er sein Statement ironisch ab, nachdem von Laffert noch auf die geplante Gleichschaltung von GOZ und BEMA hingewiesen hatte.

Günter Ploß, Leiter des VdAK/AEV in Hamburg, erinnerte in seinen Ausführungen an die Ausgangspunkte

der beiden Koalitionsparteien Kopfpauschale und Bürgerversicherung. Offenbar hätten beide Parteien vor, durch die Einrichtung des Gesundheitsfonds, ihre eigentlichen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. So würden sie diese bis zu einer Neuwahl „überwintern“ und wieder aus dem Hut gezaubert, wenn das Wahlergebnis dies erlaubt. Ploß erläuterte die Finanzlage der Krankenkassen. Die Reform würde dies nicht lösen – im Gegenteil. Der Fonds sei völlig überflüssig betonte Ploß. Ein funktionierendes System solle zerschlagen werden. Das selbst verwaltete Gesundheitssystem solle in ein Verstaatlichtes überführt werden.

Der Präsident der Ärztekammer Hamburg, Dr. Michael Reusch, stellte eingangs klar fest, dass er das gesamte Werk nur ablehnen könne. Warum jetzt diese Reform mit solcher Gewalt realisiert werden solle, fragte er ins Publikum und gab die Antwort, dass dies wegen selbst geschaffener Probleme sei. Die Reform sei Finanzierung nach Kassenlage: „Das wollen wir nicht“.

Es gebe weltweit kein so umfassendes Gesundheitssystem wie in Deutschland – von der Wiege bis zur Bahre. „Frau Schmidt geht mit der Axt ans System – das Geschäftsmodell PKV wird einfach zerstört.“ Der Weg des BMG sei ein Weg in die Mangelversorgung, den er fundamental ablehnt.



Hinnerk Fock Dr. Wieland Schinnenburg

Alle Fotos: et

Der Vertreter der Hausärzte, Norbert Eckhardt, stellte fest, dass das System angesichts der Rahmenbedingungen am Ende sei. „Wir wollen ein System, das für alle gleich zugänglich ist“, erklärte er. Der Verband lehne die Kostenerstattung ab und befürworte eine Pauschale „in Euro und Cent und nicht in Punkten“.



Dr. Brigitte Mahn

Prof. Bialas erklärte in der weiteren Diskussion, dass ein Hauptproblem die sinkende Geburtenrate sei. Dadurch würden die Beitragszahler nicht im notwendigen Maße von unten nachwachsen. Er plädierte für die Einbeziehung aller Einkünfte zur Bemessung des Krankenkassenbeitrages.

Aus dem mit rund 30 Personen besetzten Publikum kamen weitere Stellungnahmen, die die Meinungen weiter abrundeten. Als Beispiel eine Stellungnahme eines Arztes: „Wir sind dabei, die Kollegen wegzumobben. Die Ärzte haben die Schnauze voll. Die Ärzte sind frustriert und demotiviert. Wir setzen auf die Globalisierung. Eine Öffnung der Märkte ist unsere Hoffnung.“

et

## START STRUKTURIERTE FORTBILDUNG IMPLANTOLOGIE

Die Resonanz auf unsere erstmalig angebotene strukturierte Fortbildung Implantologie war überwältigend. Wenige Stunden nach Freischaltung der Buchungsmöglichkeiten war der Kursus belegt. Unter der wissenschaftlichen Gesamtleitung von Prof. Nentwig werden sowohl dem implantologischen Einsteiger als auch bereits implantierenden Zahnärzten an zehn Wochenenden bis zum Dezember 2007 detailliertes implantologisches Wissen vermittelt.

Das erste Modul wurde am 15. September 2006 vom Präsidenten der Zahnärztekammer Hamburg Prof. Dr. Wolfgang Sprekels eröffnet. Anatomie Professor Dr. Klaus-Ulrich Benner von der Ludwig Maximilian Universität München, vermittelte in einem spannenden Vortrag u. a. mit praktischer Demonstration am Humanpräparat die relevanten anatomischen Grundlagen. Die überwiegend jüngeren KollegInnen fühlten sich sicherlich an die zurückliegenden vorklinischen studentischen anatomischen Übungen erinnert, zumal auch nach Abschluss der beiden Tage eine abschließende schriftliche Lernerfolgskontrolle den Teilnehmern abverlangt wurde. Insgesamt war es nach Meinung der Teilnehmer ein gelungener Einstand.

Der nächste Kurs wird im Dezember 2006 stattfinden.

**Dr. Horst Schulz**



Zum Start der Implantologie-Fortbildung (v. r.): Prof. Dr. Wolfgang Sprekels, Prof. Dr. Klaus-Ulrich Benner und Dr. Horst Schulz Fotos: Stenzel



Prof. Dr. Rolf Bialas Günter Ploß Dieter Bollmann Dipl.-Kfm. Werner Koch Dr. Michael Reusch Norbert Eckhardt

## GUTACHTERTAGUNG DER KAMMER AUF DEN BEWEISBESCHLUSS KOMMT ES AN

Gutachterreferent Dr. Klaus-Peter Buhtz hatte zur Gutachtertagung geladen – und die Gerichts- und Privatgutachter der Zahnärztekammer Hamburg waren nahezu vollständig erschienen. Thema des Nachmittages: Was erwartet das Gericht vom Gutachter. Als Referentin eingeladen hatte die Kammer Dr. Dorothee Haerendel, Richterin in der für Arzthaftpflichtangelegenheiten zuständigen 23. Zivilkammer des Hamburger Landgerichts.



Die Stellung des Gutachters ist insbesondere bei (zahn-)medizinischen Auseinandersetzungen von besonderer Bedeutung. Er hat die Aufgabe, dem Gericht die für die Entscheidung erforderlichen medizinischen Grundlagen zu vermitteln. Die rechtliche Entscheidung trifft dann das Gericht. Anders gesagt: Der Gutachter nimmt die medizinische, der Richter die juristische Wertung vor. Aufgabe des Gutachters ist es beispielsweise festzustellen, ob eine Behandlung lege artis erfolgte. Ob eine nicht lege artis Behandlung einen Behandlungsfehler darstellt, ist dagegen eine juristische Wertung, die der Richter vornimmt.



Bekommt der Zahnarzt einen Gutachtenauftrag, so muss er zunächst prüfen, ob er überhaupt in der Lage ist, ein Gutachten zu erstellen. Das ist etwa dann nicht der Fall, wenn ihm eine Partei bekannt ist, er bereits ein Gutachten in dieser Angelegenheit erstellt hat, er zu der konkreten Fragestellung nicht das nötige Fachwissen hat oder sich nicht in der Lage sieht, das Gutachten in angemessener Zeit zu erstellen.



Viele Nachfragen gab es zu dem Beweisbeschluss. Dieser ist der Auftrag des Gerichts an den Gutachter. Er soll die konkrete Fragestellung des Gerichts enthalten. Der Sachverhalt wird dadurch eingeschränkt auf die Aspekte, die die Parteien vorgetragen haben und die das Gericht für



entscheidungsrelevant hält. Der Gutachter ist also nicht etwa berufen, den gesamten Mundgesundheitszustand des Patienten zu prüfen und etwaige weitere Fehlbehandlungen zu „entdecken“. Tut er dies doch, beeinflusst er unzulässig den Rechtsstreit und läuft Gefahr, wegen Befangenheit abgelehnt zu werden und das Gutachten umsonst geschrieben zu haben.

Der Beweisbeschluss erweist sich häufig bei Verfahren vor Amtsgerichten als problematisch. Hier gibt es keine spezialisierten Abteilungen für Arzthaftungsfragen, sodass der Richter häufig über wenig Erfahrung und Kenntnisse mit medizinischen Fragestellungen verfügt. Hier ist besonderes Fingerspitzengefühl des Gutachters gefragt, um zu ermitteln, auf welche medizinischen Feststellungen es dem Richter ankommt.

Fragen gab es auch zur Dokumentation. Viele Gutachter stellten fest, dass diese häufig nicht ausreichend vorgenommen wird. Den Schluss „nicht dokumentiert bedeutet nicht gemacht“ kann der Gutachter dann

aber nicht ziehen. Auch dies ist eine rechtliche Wertung, die dem Richter vorbehalten ist.

Der Patient beklagt gegenüber dem Gutachter häufig einen Vertrauensverlust zum Erstbehandler und will keine Nachbesserung zulassen. Auch hier gilt, dass die Entscheidung, ob eine Nachbesserung erfolgen kann eine juristische ist, die letztlich vom Gericht getroffen wird.

Welche Sichtweise muss der Gutachter haben? Häufig ist zwischen Behandlung und Begutachtung einige Zeit vergangen. Die Antwort: Der Gutachter muss eine ex ante Betrachtung vornehmen. Das heißt, er muss sich in die Situation des Behandlers mit dessen Erkenntnisstand zum damaligen Zeitpunkt hineinversetzen.

Und damit der Gutachter sein Gutachten nicht nur abgibt, sondern auch erfahren kann, wie das Gericht entschieden hat, kann er das Urteil bei Gericht anfordern.

**Ku**

## DAS VERSORGUNGSWERK INFORMIERT VORSORGE FÜRS ALTER ZAHLT SICH AUS

Mit der Einführung des Alterseinkünftegesetzes zum 1. Januar 2005 wurde festgelegt, dass Beiträge für die berufsständischen Versorgungswerke steuermindernd berücksichtigt werden. Im Gegenzug sind jedoch die Rentenzahlungen im Alter zu versteuern. Dieses Prinzip wird auch als nachgelagerte Besteuerung bezeichnet. Um den Besteuerungsnachteil im Alter auszugleichen, fördert der Gesetzgeber die private Altersvorsorge. Diese Tatsache sollte man sich so früh wie möglich zunutze machen.

Das Alterseinkünftegesetz ordnet alle Formen der Altersvorsorge in drei Schichten:

### SCHICHT 1 (DIE BASISVERSORGUNG)

Hierunter fallen sowohl Renten aus den berufsständischen Versorgungswerken, der gesetzlichen Rentenversicherung, private Leibrenten aus bestimmten Lebensversicherungsprodukten. Niemand außer dem Begünstigten hat Zugriff auf diese Rente, auch der Staat oder eventuelle Gläubiger nicht. Renten aus dieser Schicht

sind nicht übertragbar, beleihbar, veräußerbar, vererbbar oder kapitalisierbar. Die steuerliche Entlastung der Einzahlungen wird bis zum Jahr 2025 sukzessive angehoben. Gleichzeitig steigt die Besteuerung der ausgezahlten Rente bis zum Jahr 2040 auf 100 Prozent an.

### SCHICHT 2 (DIE ZUSATZVERSORGUNG)

Die so genannte betriebliche Altersvorsorge stellt die zweite Säule im Altersvorsorgekonzept dar. Durch die Vorsorgeformen, die von der Di-



Dr. Helmut Pfeffer

rektversicherung über die Unterstützungskasse bis hin zum Pensionsfonds reichen, können Unternehmen für ihre Mitarbeiter eine ergänzende Alterssicherung aufbauen. Im Gegensatz zur Schicht 1 sind die Beiträge zu den Versicherungen sofort zu 100 Prozent steuerlich absetzbar. Außerdem können durch bestimmte Produkte der Versicherungswirtschaft staatliche Zulagen genutzt werden. Zielgruppen sind aber im Wesentlichen die Angestellten der Praxis.

**SCHICHT 3  
(DIE PRIVATE ALTERSVORSORGE)**

Zur privaten Altersvorsorge gehören private Lebens- und Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrecht. Diese Vorsorgeform eignet sich neben einer freiwilligen Erhöhung der Beiträge zum Versorgungswerk, um die Lücke zwischen gewünschtem und tatsächlichem Alterseinkommen zu schließen. Diese Einzahlungen werden zwar aus versteuertem Einkommen geleistet, dafür aber bei der Rentenauszahlung nur mit einem relativ niedrigen Er-

tragsanteil versteuert. Unabhängigkeit und Flexibilität sind in dieser Schicht gewährleistet, da bei der Auszahlung zwischen einmaliger Kapitalabfindung und lebenslanger Rente frei gewählt werden kann. Zusätzliche Leistungen wie Todesfall- oder Berufsunfähigkeitsabsicherung können ebenfalls abgeschlossen werden. Darüber hinaus sind solche Anlagen vererb- und beleihbar.

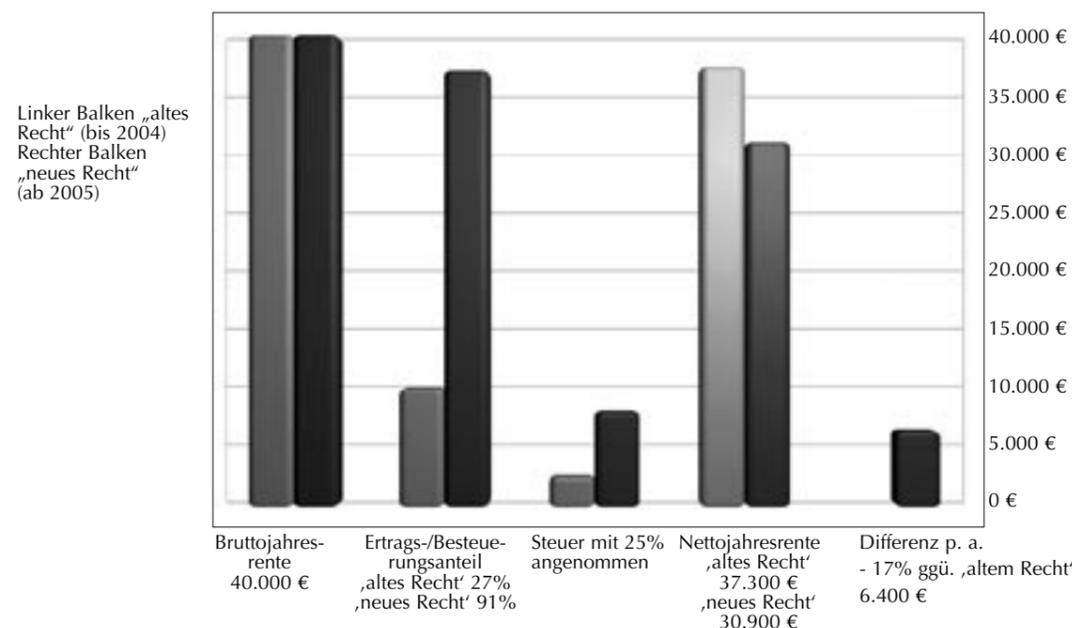
In der Grafik unten wurden die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen des Alterseinkünftegesetzes anhand eines Beispiels dargestellt. Bei einer angenommenen Bruttojahresrente von 40.000 Euro und einem Steuersatz von 25 Prozent verbleiben für den ledigen Bezieher der Rente nach neuem Recht ca. 6.400 Euro p. a. weniger als nach altem Steuerrecht. Freibeträge und sonstige Einnahmen sind dabei nicht berücksichtigt.

Insbesondere zum Jahresende sollte unter Hinzuziehung des Steuer- oder Wirtschaftsberaters und der Hausbank geprüft werden, ob unter Ausnutzung

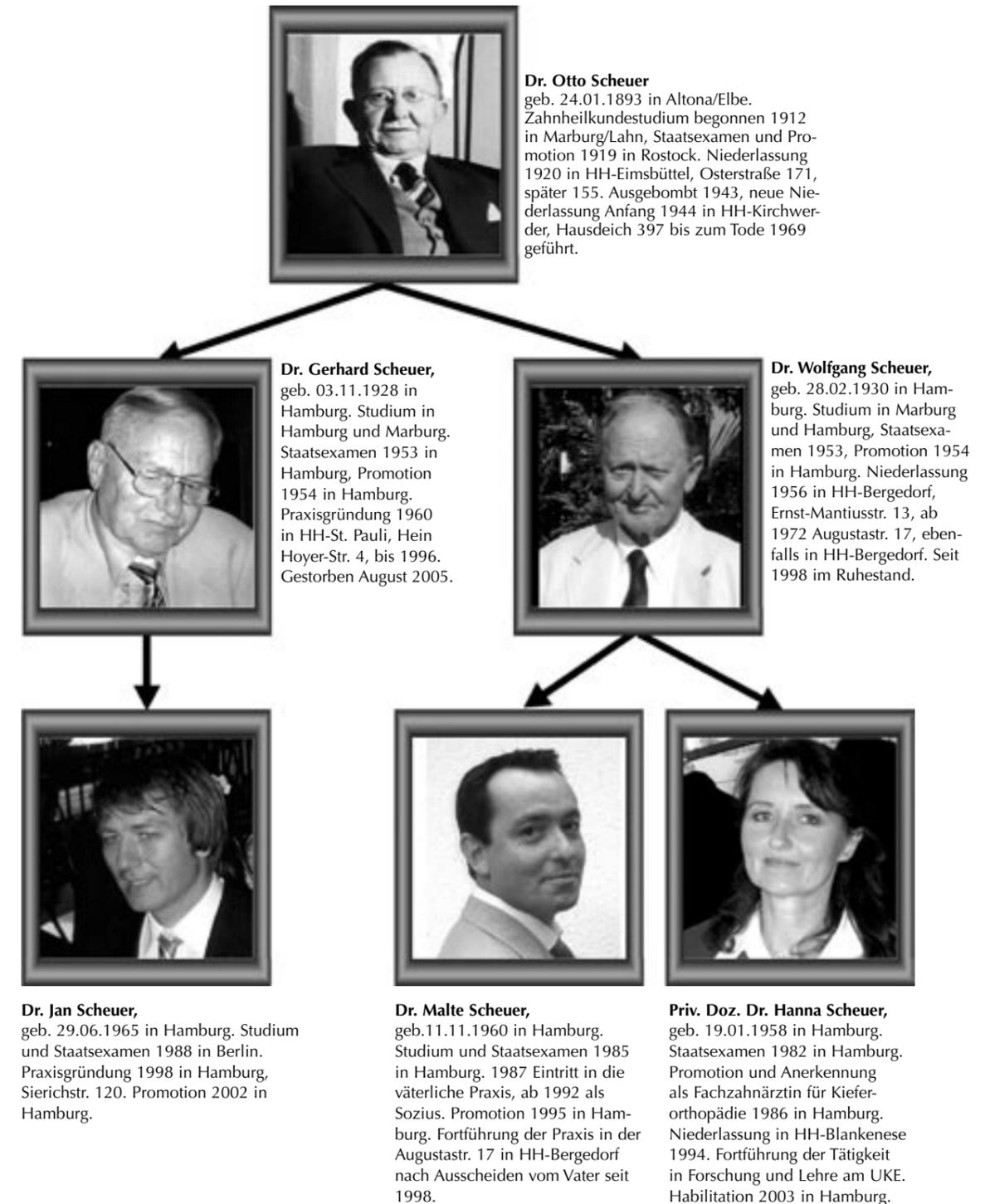
der Steuervorteile zusätzliche Altersvorsorgebeiträge angespart werden sollen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die zusätzlichen freiwilligen Beiträge zum Versorgungswerk im Rahmen der Höchstbeträge (Ledige 20.000 €, Verheiratete 40.000 € p. a.) steuermindernd geltend gemacht werden können. Außerdem erzielen die Anlagen im Versorgungswerk eine ausgezeichnete Rendite. Sowohl das Versorgungswerk wie auch andere Altersvorsorgeeinrichtungen nehmen noch rückwirkend für das ganze Kalenderjahr 2006 Beiträge entgegen. Die Apo-Bank Hamburg bietet beispielsweise ein bundesweit erprobtes Berechnungsmodell an, mit dem über eine Simulationsrechnung eine detaillierte, individuelle Beratung unter Berücksichtigung der steuerlichen Vorteile durchgeführt werden kann (Telefon Apo-Bank Hamburg: (040) 228 04-0).

**Dr. Helmut Pfeffer  
Vorsitzender Versorgungswerk  
Hamburg**

**Vergleich der bestehenden Ansprüche auf „gesetzliche“ Leibrente zum 65. Lebensjahr (2031) nach „altem“ und „neuem“ Recht für Ledige ohne Berücksichtigung von Freibeträgen und sonstigen Einnahmen**



**DIE HAMBURGER ZAHNARZTFAMILIE SCHEUER**



## SYBILLA ENGELMANN – NICHT MEHR IM LAJH-KINDERGARTENTEAM

Da geht Sybilla Engelmann einfach so in Rente. Die Kinder trieben sie vor 21 Jahren in die LAJH. Und ein Kind – die Enkelin Lily – sorgte jetzt dafür, dass sie mit 63 Jahren die erste Pensionärin der LAJH wurde. An die 10.000 Kinder in 250 Kindergärten in Eppendorf und Umgebung müssen sich nun an eine neue Zahnputzlehrerin gewöhnen.

LAJH-Schatzmeister Dr. Peter Kurz erwähnte bei der Verabschiedung im Kreise der Kolleginnen, dass Frau Engelmann ein interessantes Vorleben einschließlich Londonaufenthalt und zudem eine künstlerische Ader hat. Sie entwarf früher Textilien für Kinder und verkaufte diese auch. Danach schloss sich mit einer Ausbildung und langjährigen Beschäftigung in einer bekannten Eppendorfer Zahnarztpraxis das zweite Leben an. Danach

folgten die 21 Jahre in der LAJH. Damit hat sie es am längsten in der LAJH ausgehalten.

Im jetzt anschließenden Lebensabschnitt wird sie nach eigenen Aussagen täglich mit der Tätigkeit in den Kindergärten konfrontiert. Denn auf jedem Spielplatz, auf dem sie nun mit Lily zum Spielen geht, kommen Mütter auf sie zu und erkennen sie als „Zahnputztante“ wieder. Diese Mütter haben nun die Chance, das bei Frau Engelmann Gelernte an die eigenen Kinder weiter zu geben. Das Zähneputzen mit Lily wäre für sie im Übrigen „eine neue Herausforderung“ ...

Ein bitteres Fazit zog sie allerdings im Meeting des Kitateams, wo sie mit vielen Worten und Blumen verabschiedet wurde. Rückblickend stellte sie erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Aufmerksamkeit und der Leistungsfähigkeit von Kindern in den Anfangsjahren und heute fest. Die Kinder kämen nach ihren Erfahrungen heute kaum zur Ruhe. Sie würden sich daher nicht konzentrieren können, seien fahrig, häufig müde und aggressiv.

Das kommt nach ihrer Einschätzung durch den Leistungsdruck, der von Eltern und Gesellschaft ausgelöst wird. Schon die kleinsten Kinder werden vielfach in einen engen Termin-



Sybilla-Maria Engelmann wird von LAJH-Schatzmeister Dr. Peter Kurz in den Ruhestand verabschiedet

plan eingezwängt. Die Folgen sind deutlich: keine Ruhe und Konzentrationsfähigkeit, wenn etwas mal nicht schnell geht. Sie will ihrer Enkelin Lily jetzt etwas von dieser Ruhe und Ausgeglichenheit schenken, was offenbar viele Kinder so nicht erleben dürfen.

Das Kitateam, die Kollegen aus dem LAJH-Büro und die Geschäftsleitung sagen Frau Engelmann Dank für 21 Jahren ehrlichen Einsatz für die Zahngesundheit in Hamburger Kindergärten.

et

## WAHLEN DER ZAHNÄRZTEKAMMER HAMBURG FÜR DIE 15. AMTSPERIODE

Am Freitag, 27.10.2006, werden die Wahlunterlagen an die wahlberechtigten Mitglieder der Zahnärztekammer Hamburg in den Versand gehen. Wer sie am 03.11.2006 noch nicht erhalten hat, wird gebeten, sich dann mit der Zahnärztekammer in Verbindung zu setzen, damit Ersatzunterlagen zugestellt werden können. Wenden Sie sich bitte an Susanne Mewes, Tel. 73 34 05-14 oder per E-Mail: susanne.mewes@zaek-hh.de.

### BEZIRKSGRUPPEN

#### Bezirksgruppe 10

Stammtische

Termine: 26.10.2006, 30.11.2006 und 28.12.2006 („Immer der letzte Donnerstag im Monat!“) ab 20 Uhr

Ort: Restaurant „Jever Krog“, Große Brunnenstraße 18/ Ecke Holländische Reihe, 22763 Hamburg/Altona

Dr. Franz

### KURS - FACHKUNDE IM STRAHLENSCHUTZ FÜR ZAHNÄRZTE

#### - MÄRZ 2007 IN HAMBURG -

Der nächste Qualifikationskurs – Fachkunde im Strahlenschutz für Zahnärzte – (Grunderwerb) findet am 09. und 10.03. sowie 16. und 17.03.2007 in der Poliklinik für Röntgendiagnostik im Zentrum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) – jeweils Freitag von 13:00-17:00 Uhr und Sonnabend von 9:00-15:00 Uhr statt. Der Kurs wird durchgeführt von Prof. Dr. Uwe J. Rother.

Interessenten melden sich bitte unter der Telefon-Nr.: (040) 42803-2252 oder per Fax-Nr.: (040) 42803-5122.

Wahltag ist Montag, 13.11.2006. Der Wahlbrief muss an diesem Tag bis 18:00 Uhr beim Wahlausschuss in der Zahnärztekammer Hamburg, Möllner Landstraße 31, 22111 Hamburg, eingegangen sein. Es kommt nicht auf das Datum des Poststempels an.

Das Wahlergebnis wird am Mittwoch, 15.11.2006 ab 13:00 Uhr in der Geschäftsstelle der Zahnärztekammer Hamburg, Möllner Landstra-

ße 31, 22111 Hamburg, vom Wahlausschuss festgestellt. Die Auszählung ist für Mitglieder der Zahnärztekammer Hamburg öffentlich. Wir weisen schon jetzt darauf hin, dass an diesem Tag die Kammergeschäftsstelle ab 11.30 Uhr für den allgemeinen Geschäftsbetrieb (auch telefonisch) geschlossen wird.

Nutzen Sie Ihr Wahlrecht!

### STRAHLENSCHUTZKURS (ERST-ERWERB) FÜR ZAHN-ARZTHELFERINNEN

Der nächste Strahlenschutzkurs für ausgelernte Zahnärzthelferinnen zum Erwerb der Kenntnisbescheinigungen gem. § 24 Abs. 2 Nr. 4 RöV findet statt am Samstag, 10. März 2007 im Fortbildungsinstitut der Zahnärztekammer Hamburg, Möllner Landstraße 31, 22111 Hamburg.

Diesem ganztägigen theoretischen Kursteil folgt dann ein praktischer Kursteil am darauffolgenden Samstag. Die Kursgebühr einschl. der Bescheinigung gem. § 24 Abs. 2 Nr. 4 RöV beträgt € 110,- pro Person.

Für Auszubildende ist der Kurs nicht zugänglich. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, Informationen und Anmeldeunterlagen können angefordert werden unter Tel.: 040 – 73 34 05 41 (Frau Weinzweig, 8:00 – 12:00 Uhr).

#### Zahnärztekammer Hamburg Sprechstunden und Bürozeiten:

Der Präsident und der Vizepräsident der Zahnärztekammer Hamburg stehen für Gespräche (montags, dienstags, donnerstags, freitags) telefonisch zur Verfügung: Kollege Sprekels von 12:00 bis 13:00 Uhr, Tel.: 44 29 18, Kollege Pfeffer, Tel.: 724 28 09. Bei Bedarf können persönliche Gespräche vereinbart werden.

#### Bürozeiten:

Montag bis Donnerstag 8:00 bis 16:30 Uhr, Freitag 8:00 bis 13:00 Uhr

**Sprechstunden Versorgungsausschuss:** Der Vorsitzende des Versorgungsausschusses der Zahnärztekammer Hamburg und sein Stellvertreter (Kollege H. Pfeffer und Kollege W. Zink) stehen für Gespräche montags bis freitags telefonisch (724 28 09 und 702 21 11) zur Verfügung. Bei Bedarf können persönliche Besprechungen vereinbart werden.

#### Postanschrift:

Zahnärztekammer Hamburg, Postfach 74 09 25, 22099 Hamburg, E-Mail: info@zaek-hh.de

**„ZAHNRETTUNGSBOX“ FÜR HAMBURGER SCHULEN**

Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg stellte nach den Sommerferien allen Hamburger Schulen kostenlos eine sog. „Zahnrettungsbox“ (Dentosafe ©) zur Verfügung. Diese Box soll helfen, Geld und Schmerzen zu sparen. In einer Presseinformation teilte die KZV den Hamburger Medien unter anderem mit:



Wenn bei einem Unfall auf dem Schulhof oder in der Turnhalle ein (bleibender) Zahn herausfällt, sollte dieser schnellstmöglich in der Box aufbewahrt werden. Der „Unfall“-Zahn wird dort mit einer Nährlösung am Leben erhalten.

Der Zahnarzt kann einen vollständig erhaltenen Zahn dann wieder einsetzen. Ein reimplantierter, natürlicher Zahn bietet die Chance, dort wieder

anzuwachsen, wo er herausgefallen ist. Sonst muss der Zahnarzt die entstandene Lücke später beispielweise mit einer Brücke aufwendig schließen.

Erste Schritte beim Zahnunfall:

1. Den Zahn oder das Bruchstück suchen.
2. Nur an der Zahnkrone anfassen, die Wurzeloberfläche nicht berühren.
3. Bei starker Verschmutzung kurz unter Wasser abspülen, aber nicht weiter säubern; am Zahn haftende Schmutzpartikel nicht entfernen, Zahn nicht desinfizieren.

4. Entweder Zahn in das Loch im Kiefer zurücksetzen und festhalten oder
5. Zahn feucht halten: am besten in der Zahnrettungsbox bei Zimmertemperatur und
6. so schnell wie möglich zum Zahnarzt.

Einen Fachtext zu diesem Thema finden Sie unter diesem Link:  
[http://www.zm-online.de/m5a.htm?zm/13\\_05/pages2/zmed1.htm](http://www.zm-online.de/m5a.htm?zm/13_05/pages2/zmed1.htm)

**„UNSERE“ LÖWIN BEKAM NACHWUCHS BEI HAGENBECK**

„Tagesschau“- Sprecherin Laura Dünnwald hatte offenbar keine Angst vor kleinen Krallen: Die fünf Löwenbabys des Tierpark Hagenbeck taufte sie auf die Namen Nibalo, Naju, Nelson, Nawiri und Tawanga.



Tagesschau-Sprecherin Laura Dünnwald taufte die fünf Löwenbabys des Tierpark Hagenbeck  
 Foto: Götz Berlik

Elf Jahre musste der Tierpark auf Löwen-Nachwuchs warten, jetzt sind sie da. Am 13. August brachte die Löwin Tembesi (3) nach viermonatiger Tragzeit die vier Männchen und ein Weibchen zur Welt. Darüber freute sich auch die KZV Hamburg, die die Patenschaft dieser Löwin in diesem Jahr übernommen hatte.

blind und so groß wie eine Hauskatze. Ausgewachsen können sie bis zu 225 Kilogramm wiegen und in Gefangenschaft ein Alter von 22 Jahren erreichen. In freier Wildbahn sind es zehn bis 15 Jahre.

Vater Napoleon (20), der das Rudel leitet, hat bereits ein stattliches Alter. Bis die kleinen Löwen aber überhaupt erst erwachsen sind, brauchen sie noch mindestens zwei Jahre, viel Muttermilch, und vielleicht dürfen sie zwischendurch auch schon mal an Knochen und Fleisch knabbern. Ab Oktober können sie im Außengehege besichtigt werden. Bis dahin können sie im Löwenhaus besucht werden.

Nach Informationen des Tierparks wogen die Löwenbabys bei ihrer Geburt eineinhalb Kilogramm. Sie waren

**Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg**  
**Sprechzeiten:**  
 Die Mitglieder des Vorstandes der KZV Hamburg  
 - Dr./RO Eric Banthien,  
 - Dr. Claus St. Franz und  
 - Dipl.-Kfm. Wolfgang Leischner  
 stehen für persönliche Gespräche im Zahnärztheaus, Katharinenbrücke 1, 20457 Hamburg, zur Verfügung.

Es wird um vorherige telefonische Anmeldung im Vorstandssekretariat gebeten:  
 Frau Gehendges 36 147-176  
 Frau Oetzmann-Groß 36 147-173

**Postanschrift:**  
 Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg  
 Postfach 11 12 13, 20412 Hamburg  
**E-Mail/Internet:**  
 info@kzv-hamburg.de  
 www.kzv-hamburg.de

SITZUNGSTERMINE ZULASSUNGS-AUSSCHUSS	
Für die Anträge an den Zulassungsausschuss sind folgende Abgabetermine unbedingt zu beachten:	
Annahmeschluss:	Sitzungstermin:
25.10.2006	15.11.2006
15.11.2006	06.12.2006
Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die vorgegebenen Fristen für die Abgabe der Anträge strikt eingehalten werden müssen und nur die jeweils fristgerecht gestellten Anträge in der nachfolgenden Sitzung dem Zulassungsausschuss vorgelegt werden! Diese Abgabetermine gelten auch und insbesondere für die gemäß § 85 Abs. 4 b SGB V einzureichenden Gemeinschaftspraxisverträge! Diese Verträge sind vorbereitend für den Zulassungsausschuss durch unsere Juristen zu prüfen. Wir raten, den Vertrag spätestens zum Abgabetermin ohne Unterschriften und ohne Beglaubigungen zur Durchsicht einzureichen. Wir informieren Sie dann schnellstmöglich über Unbedenklichkeit oder notwendige Änderungen. Am Sitzungstag muss der Vertrag dann in beglaubigter Form vorliegen!	

ZAHLUNGSTERMINE	
Datum:	für:
19.10.2006	3. AZ für III/2006
25.10.2006	ZE, Par, Kbr 9/2006 RZ für II/2006
20.11.2006	1. AZ für IV/2006
27.11.2006	ZE, Par, Kbr 10/2006
11.12.2006	2. AZ für IV/2006
27.12.2006	ZE, Par, Kbr 11/2006
Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist es nicht erlaubt, telefonisch Auskünfte über Kontostände oder Zahlungen zu geben.	

**AUSSCHREIBUNGEN**

Folgende Vertragszahnarztpraxen werden gemäß § 103 Abs. 4 SGB V zur Übernahme durch einen Nachfolger ausgeschrieben:

- PB 1, Ortsteil 102 (Hamburg-Altstadt)
- PB 1, Ortsteil 107 (Neustadt)
- PB 1, Ortsteil 134 (Rothenburgsort)
- PB 3, Ortsteil 315 (Hoheluft-West)
- PB 3, Ortsteil 319 (Schnelsen)
- PB 4, Ortsteil 408 (Winterhude)
- PB 4, Ortsteil 409 (Winterhude)
- PB 4, Ortsteil 429 (Barmbek-Nord)

Interessenten bewerben sich bitte bis zum 30.11.2006 (Posteingang) bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hamburg, Postfach 11 12 13, 20412 Hamburg.

**AN ABGABETAGEN  
 (MONTAGS – DONNERSTAGS)  
 KÖNNEN UNTERLAGEN BIS 21 UHR  
 PERSÖNLICH ABGEGEBEN WERDEN.**

**WEITERE INFORMATIONEN**

Die KZV bietet insbesondere jungen Zahnärzten vor der Niederlassung weitere Informationen von der Registertragung bis zur Zulassung an. Diese Dokumente können bei Bedarf

**SIE FRAGEN – WIR ANTWORTEN**

**FRAGEN RUND UM DEN HVM**

**Frage 43:**  
 Mitte September habe ich einen vorläufigen Einbehalt (Sachleistungen) über knapp 2.000, Euro erhalten. Ist die Höhe des Einbehaltes „normal“? Wo liegt der Durchschnitt?

**Antwort:**  
 Wir haben das Quartal II/2006 ausgewertet. Der durchschnittliche vorläufige Einbehalt beträgt 1.112,63 Euro je Praxisinhaber. 46,99 % der Praxisinhaber hatten keine Honorarbelastung. Die insgesamt 1.553.234,37 Euro verteilen sich wie folgt.

Höhe der Einbehalte	Anzahl der Praxisinhaber in %
keine Einbehalte	46,99
>0-500 EUR	16,12
501-1.000 EUR	7,31
1.001-2.000 EUR	9,60
2.001-3.000 EUR	5,23
3.001-5.000 EUR	6,88
5.001-10.000 EUR	4,73
>10.000 EUR	3,15

**Frage 44:**  
 Im Kollegenkreis habe ich von Einbehalten in einer Größenordnung von mehr als 30.000, Euro im Quartal gehört. Sind derart hohe Einbehalte zutreffend?

**Antwort:**  
 Sie sprechen Extreme an (siehe auch Frage Nr. 43). Der höchste vorläufige Einbehalt im 1. Halbjahr 2006 beläuft sich auf 38.152,71 Euro für eine Gemeinschaftspraxis mit drei Inhabern. Die höchste Belastung einer Einzelpraxis liegt bei 27.630,79 Euro im Quartal.

**AUS DEM DISZIPLINARWESEN:**

1. Der Disziplinausschuss der KZV Hamburg hat einem Vertragszahnarzt die Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 2.000,00 EUR zuzüglich anteiliger Verfahrenskosten auferlegt und die anonymisierte Veröffentlichung des Beschlusses im Hamburger Zahnärzteblatt angeordnet.

Der Vertragszahnarzt hatte im Zusammenhang mit der prothetischen Versorgung eines Kassenpatienten einen sachlich unrichtigen Heil- und Kostenplan erstellt und der Krankenkasse zur Genehmigung vorgelegt. Durch die unrichtigen Angaben im Heil- und Kostenplan hatte der Vertragszahnarzt bewirkt, dass die Krankenkasse die Kosten für die beantragte Versorgung mit drei Teleskopkronen im Unterkiefer übernahm, obwohl entgegen dem Heil- und Kostenplan im Kiefer noch mehr als drei Zähne vorhanden waren. Somit wäre die beantragte Versorgung nicht zu Lasten der gesetzlichen Krankenkasse abrechnungsfähig gewesen.

2. Der Disziplinausschuss der KZV Hamburg hat einer Vertragszahnärztin eine Verwarnung erteilt, die Zahlung anteiliger Verfahrenskosten auferlegt und die anonymisierte Veröffentlichung des Beschlusses im Hamburger Zahnärzteblatt angeordnet.

Die Vertragszahnärztin hatte im Zusammenhang mit der prothetischen Versorgung eines Kassenpatienten einen sachlich unrichtigen Heil- und Kostenplan erstellt und der Krankenkasse zur Genehmigung vorgelegt. Durch die unrichtigen Angaben im Heil- und Kostenplan hatte die Vertragszahnärztin bewirkt, dass die Krankenkasse die Kosten für die beantragte Versorgung übernahm, obwohl entgegen dem Heil- und Kostenplan

keine Versorgung mit Teilkronen sondern mit Gold-Inlays bzw. -Overlays erfolgt war und diese Versorgung somit nicht zulasten der gesetzlichen Krankenkasse abrechnungsfähig gewesen wäre.

3. Der Disziplinausschuss der KZV Hamburg hat einem Vertragszahnarzt die Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 1.500,00 EUR zuzüglich anteiliger Verfahrenskosten auferlegt und die anonymisierte Veröffentlichung des Beschlusses im Hamburger Zahnärzteblatt angeordnet.

Der Vertragszahnarzt hatte im Zusammenhang mit der prothetischen Versorgung eines Kassenpatienten einen sachlich unrichtigen Heil- und Kostenplan erstellt und der Krankenkasse zur Genehmigung vorgelegt. Durch die unrichtigen Angaben im Heil- und Kostenplan hatte der Vertragszahnarzt bewirkt, dass die Krankenkasse die Kosten für die beantragte Versorgung mit zwei Freibrücken übernahm, wobei sich unter den Zahnpositionen der endständigen Zähne Implantate befanden. Im Heil- und Kostenplan waren diese Zähne als überkronte eigene Zähne angegeben. Somit wäre die beantragte Versorgung nicht zu Lasten der gesetzlichen Krankenkasse abrechnungsfähig gewesen.

4. Der Disziplinausschuss der KZV Hamburg hat einem Vertragszahnarzt die Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 4.000,00 EUR zuzüglich anteiliger Verfahrenskosten auferlegt und die anonymisierte Veröffentlichung des Beschlusses im Hamburger Zahnärzteblatt angeordnet.

Der Vertragszahnarzt hatte im Zusammenhang mit der prothetischen Versorgung eines Kassenpatienten einen sachlich unrichtigen Heil- und Kostenplan erstellt und der Kranken-

kasse zur Genehmigung vorgelegt. Durch die unrichtigen Angaben im Heil- und Kostenplan hatte der Vertragszahnarzt bewirkt, dass die Krankenkasse die Kosten für die beantragte Versorgung mit drei Teleskopkronen im Unterkiefer übernahm, obwohl entgegen dem Heil- und Kostenplan im Kiefer noch mehr als drei Zähne vorhanden waren. Somit wäre die beantragte Versorgung nicht zulasten der gesetzlichen Krankenkasse abrechnungsfähig gewesen.

5. Der Disziplinausschuss der KZV Hamburg hat einem Vertragszahnarzt die Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 1.500,00 EUR zuzüglich anteiliger Verfahrenskosten auferlegt und die anonymisierte Veröffentlichung des Beschlusses im Hamburger Zahnärzteblatt angeordnet.

Der Vertragszahnarzt hatte im Zusammenhang mit der prothetischen Versorgung einer Kassenpatientin einen sachlich unrichtigen Heil- und Kostenplan erstellt und der Krankenkasse zur Genehmigung vorgelegt. Durch die unrichtigen Angaben im Heil- und Kostenplan hatte der Vertragszahnarzt bewirkt, dass die Krankenkasse die Kosten für die beantragte Versorgung im Oberkiefer übernahm, wobei sich unter den Zahnpositionen der Zähne 12 und 22 Implantate befanden. Im Heil- und Kostenplan waren diese Zähne als ersetzte Zähne angegeben. Somit wäre die beantragte Versorgung nicht zulasten der gesetzlichen Krankenkasse abrechnungsfähig gewesen.

**JUBILÄEN**

**40 Jahre tätig**  
ist am 1. November 2006..... Frau Ursula Vukovics  
ZFA in der Praxissozietät Dr. Hans-Heinrich Wienemann  
und Andrea Steffers

**25 Jahre tätig**  
war am 1. Oktober 2006..... Frau Gaby Menge  
ZFA in der Praxis Dr. Dr. Claus Hoffmann

**10 Jahre tätig**  
war am 1. September 2006 ..... Frau Birgit Bruhnke  
ZFA in der Praxis Dr. Rainer Wegbrod  
war am 7. Oktober 2006..... Frau Jacqueline Migga  
ZFA in der Praxissozietät Stefan Auksutat, Michael Wenzel  
und Dr. Richard Ole Wenzel  
ist am 1. November 2006..... Frau Susanne Harrison  
ZFA in der Praxis Dr. Ursula Bauer-Krützfeldt  
ist am 1. November 2006..... Frau Wiebke Reher  
ZFA in der Praxis Dr. Gabriele Kuhlmann

Die Zahnärztekammer und die KZV Hamburg gratulieren.

**BETT-HUPFERL MAL ANDERS**



Das Hotel Hübner in Warnemünde legt seinen Gästen ein Stück Schokolade auf das Kopfkissen. So weit, so gut oder aus dentaler Sicht auch ärgerlich. Darunter findet der Gast dann aber ein kleines Kärtchen, das sein schlechtes Gewissen beruhigen soll.

„Die letzte süße Verlockung vor dem Zähneputzen – das bin ich“, steht auf dem Kärtchen.

In dem weiteren Text wird erläutert, wieso sich die Schokolade positiv auf den Schlaf auswirkt.

In diesem Hotel müssen schon öfter Zahnärzte genächtigt haben...

**GEBURTSTAGE**

Wir gratulieren im November zum...

**75. Geburtstag**  
am 03. Ingrid von Meyer  
am 06. Dr. Alfonso de Castro

**70. Geburtstag**  
am 19. Dr. Bernt Römhold

**65. Geburtstag**  
am 20. Leila Harriet Brask-Napp

**60. Geburtstag**  
am 03. Wolf-Dieter Hildebrandt  
am 15. Dr. Klaus-Peter Kemling, FZA f. Kieferorthopädie

Die Zahnärztekammer und die KZV Hamburg gratulieren.

**Wenn Sie eine Veröffentlichung Ihres besonderen Geburtstages nicht wünschen, informieren Sie uns bitte rechtzeitig unter 040/73 34 05-14.**

**Sollte Ihnen die Adresse für eine Geburtstagsgratulation nicht bekannt sein, leitet die Zahnärztekammer sie gerne weiter. Zahnärztekammer Hamburg, Postfach 74 09 25, 22099 Hamburg.**

**ZUR KLARSTELLUNG:**

Durch eine Namensgleichheit im Zusammenhang mit dem Todesfall von Herrn Dr. Gerhard Brandt, Mühlenkamp 43, ist es zu Irritationen gekommen. Herr Dr. Gerhard Brandt, Fachzahnarzt für Oralchirurgie, praktiziert weiterhin in der Stellmacherstraße 1.

**ES IST VERSTORBEN**

**06.09.2006 Dr. Klaus Rothe**  
geboren 14. Oktober 1929

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
Zahnärztekammer Hamburg und  
Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg.